

HANS-MICHAEL KÖRNER

**Museum und Ausstellung:
zwei Vermittlungsinstanzen im Spannungsfeld
von Geschichte und Politik***

Nicht aus Gründen individueller Eitelkeit, sondern um der kommunikativen Fairness willen darf ich meinem Vortrag einige Prämissen voranstellen.

Ich spreche zu Ihnen nicht als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des in *statu nascendi* befindlichen Sudetendeutschen Museums – und auch nicht auf der Basis eigener ausstellungspraktischer Erfahrungen, vornehmlich, dies allerdings vor Jahrzehnten, bei der Planung und Realisierung des monumentalen Ausstellungsunternehmens „Wittelsbach und Bayern“. Ich gehe vielmehr von einem dezidiert wissenschaftlichen Standpunkt, näherhin von einem geschichtsdidaktischen Ansatz aus. Die Geschichtsdidaktik in meinem Verständnis begreift sich als jene geschichtswissenschaftliche Teildisziplin, der es um die kritische Analyse und die distanzierte Interpretation von Vermittlungsprozessen jedweder Art geht, insofern diese einen Bezug zur Rekonstruktion beziehungsweise Präsentation der Vergangenheit aufweisen. Das klingt harmlos, ist es aber nicht.

Der Geschichtsdidaktik in einem solchen Verständnis geht es nicht, wie das nämlich häufig assoziiert wird, um die Optimierung der Geschichtslehrer-Ausbildung, nicht um Praxisorientierung und Handlungsanleitung, sondern, ich wiederhole mich, um die wissenschaftliche Analyse von in unserer Gesellschaft vorfindbaren Vermittlungsprozessen – in der Schule, in den Medien, in der Politikerrede, in Ausstellungs- oder Museumspräsentationen, im Computerspiel und in Spielfilmen, im Mittelaltermarkt, in den Kaltenberger Ritterspielen, im Tourismus, bei Straßenbenennungen und Jubiläums-Festreden, in der wissenschaftlichen Fachliteratur, in der Populär- und Memoirenliteratur und im historischen Roman, im historischen Hauptseminar an der Universität und in der Erwachsenenbildung.

Die Geschichtsdidaktik als akademische Disziplin ist gut beraten, sich all diesen

* Es handelt sich hierbei um den Text des Vortrages, den der Verfasser am 27. September 2016 im Rahmen der Ringveranstaltung der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste im Adalbert-Stifter-Saal des Kulturforums Sudetendeutsches Haus gehalten hat.

Vermittlungsprozessen unvoreingenommen und mit gleichbleibender Intensität zuzuwenden; nur so kann sie einen Beitrag zur gesellschaftlichen Emanzipation und zur Gewährleistung eines manipulationsfreien Raumes im Umgang mit der Geschichte leisten.

Wenn man von den aufgeführten Beispielen aus den Blick begrenzt und ihn auf das 19. und 20. Jahrhundert lenkt, dann ist die Frage nicht abwegig, welcher Vermittlungsinstanz eine prioritäre Wirkmächtigkeit zuzuordnen ist. Eine Antwort hierauf fällt ausgesprochen schwer; ich werde darauf später noch einmal zurückkommen. Ausstellungen und Museen dabei eine ganz besondere Rolle zuzumessen, fällt umgekehrt besonders leicht; in der Trias von Ausstellung, Museum und Denkmal, vielleicht noch erweitert um den historischen Festzug und das historische Festspiel, wird man jene, von mir so bezeichnete, prioritäre Wirkmächtigkeit erkennen dürfen, wenn man vorderhand die moderne Welt der Medien, vom Spielfilm bis zum PC-Spiel ausblendet.

Daß aus der Fülle tatsächlicher und potentieller Vermittlungsinstanzen nur zwei – nämlich das Museum und die Ausstellung – den Weg in die Themenformulierung dieses Vortrags gefunden haben, ist dann doch den tagesaktuellen Anstrengungen um die Verwirklichung eines Sudetendeutschen Museums geschuldet. Was sich andererseits hinter dem Hiatus von Geschichte und Politik verbirgt, wird deutlich, wenn man von einer hochsensiblen Gemengelage von staatspolitischer Indienstnahme und patriotischer Solidarisierung auf der einen Seite und rationalen Kontrollbemühungen auf der anderen Seite ausgeht.

Ich schließe die von mir angekündigten Prämissen mit der Einführung eines Schlüsselbegriffs ab, der in der wissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahrzehnte zunehmend an Attraktivität gewonnen hat und der in der Tat in der Lage ist, das Problemfeld, um das es in meinem Vortrag geht, präziser zu benennen. Es handelt sich um den Begriff der Geschichtspolitik, der darauf zielt, daß jeder Umgang mit der Vergangenheit, jede Beschäftigung mit ihr in der jeweiligen erinnernden Gegenwart politische Wirkungen in ganz unterschiedlichen Richtungen hervorrufen soll, möglicherweise zwangsläufig hervorrufen.

Beides gibt es: auf der einen Seite den zielgerichteten, konkreten politischen Absichten verpflichteten, Einsatz der Befassung mit Geschichte, und auf der anderen Seite einen spielerisch-antiquarischen Umgang mit der Vergangenheit, der primär vielleicht nur an ästhetischen Valeurs interessiert ist und dem nur gleichsam indirekte politische Wirkungen zuzueignen sind.

Einem speziellen Aspekt, einer – nicht anders denn dramatisch zu nennenden – Perspektive bin ich bislang systematisch ausgewichen, einer Frage näherhin, die so simpel wie grundstürzend ist, das Wissenwollen nämlich, woher denn der Optimismus derer rührt, die im Rekurs auf die Vergangenheit, im je spezifischen Umgang mit der Geschichte ein Vehikel zur Beeinflußung der Gegenwart und ihrer Verhältnisse erblickten und erblicken. Die schlagwortartig verdichtete Antwort auf diese – wenn man die Dinge fundamental betrachtet – bohrend-skeptische Frage flüchtet sich dann nicht selten in das Diktum von der Geschichte als der Ersatzreligion zumindest des 19. Jahrhunderts.

Das analytische Potential, das in dieser Frage tatsächlich angesiedelt ist, eröffnet

einen Zugang zur Geschichtsbegeisterung, ja zur Geschichtsversessenheit dieses 19. Jahrhunderts, die hier nur angedeutet werden können; der Fluchtpunkt, der sich in der Formulierung von der Ersatzreligion ankündigt, läßt grelle Warnlichter aufleuchten, muß man doch mehr als vorsichtig sein bei allen Anfängen kollektiv-psychologisierender Betrachtungsweisen.

Und dennoch: Vor dem Umbruch vom 18. auf das 19. Jahrhundert hat man sich die Welt anders erklärt, waren es andere Grundannahmen, was denn die Welt im Innersten zusammenhält, waren es andere Begründungsvarianten, die der irdischen Ordnung Stabilität und Halt verliehen, war es in jedem Fall nicht die Geschichte, der solche Funktion zukam, sondern eben weit eher die Religion.

Weil dem so ist, darf ich Sie einladen zu einer kleinen Exkursion in dieses geschichtsverliebte 19. Jahrhundert nicht um ihrer selbst willen, sondern weil wir nur so einen Begriff davon erhalten, in welchen Größenordnungen sich die Geschichtsbegeisterung des 19. Jahrhunderts bewegte und auch davon, daß die Argumentation mit der Ersatzreligion alles andere als skurril oder abwegig ist.

Die deutsche Literatur des 19. Jahrhunderts, um ganz willkürlich zu beginnen, ist etwa ein gewaltiges, vor uns aufgeschlagenes Geschichtsbuch und stellt Maria Stuart und Wallenstein, Götz von Berlichingen und Agnes Bernauer, König Ottokar und Danton, Robert Guiskard und Don Carlos auf die Bühne. Im Bereich der epischen Literatur ist der Begriff des Historienromans, weit über die deutsche Szene hinaus, zum Gattungsnamen geworden: von Walter Scott bis Alessandro Manzoni, von Charles Dickens bis zu Viktor von Scheffel, von Stifter bis zu Gustav Freytag, wobei sofort in den Sinn kommt, daß solche Tendenz nicht mit dem 19. Jahrhundert endet, im Gegenteil, wenn wir an Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Alfred Döblin oder Richarda Huch denken, im 20. Jahrhundert eine erneuerte Konjunktur erfährt, die bis in die Gegenwart anhält. Neben das Drama und den Roman tritt – von Friedrich Schiller bis Theodor Fontane – die historische Ballade, neben die Literatur insgesamt die Welt der Oper, von Richard Wagners Meistersingern bis zu Verdis Aida.

Daß dem so ist, zählt zu den Selbstverständlichkeiten unseres kulturellen Bewußtseins, ist aber, bei Lichte besehen, eben keine solche Verständlichkeit, und nur wenn wir das Sensationelle des Historisierungsdrucks im 19. Jahrhundert erkennen und wahrnehmen, eröffnet sich uns die Chance, den Optimismus hinsichtlich der Wirkmächtigkeit der Geschichte zu verstehen, wie er sich seit dem 19. Jahrhundert ausbildete.

Ich verharre noch einem Augenblick bei dieser in Angriff genommenen Stichwort-Sammlung, um die Plausibilität meiner Sensations-Diagnose zu untermauern. An die Wohnhäuser historischer Berühmtheiten jedweder Art werden Gedenktafeln angebracht, um an die spezifischen Leistungen und Verdienste in der Vergangenheit zu erinnern. Eine verräterische Terminologie spricht nicht von Literaturwissenschaft oder Biologie als akademischen und schulischen Disziplinen, sondern ausschließlich von Literaturgeschichte und von Naturgeschichte. Straßen und Plätze in unseren Städten werden nach historischen Ereignissen oder Figuren benannt. In der Architektur kommt es zu wahren Historisierungswellen, wir kennen die Neoromanik, die Neogotik, die Neurenaissance, den Neobarock. Im 19. Jahrhundert begegnet uns in ausgeprägter Form der Kult der runden Zahl, die Etablierung einer Jubiläumskultur, die,

ausgestattet mit einem reichen Formenkanon, an die Ereignisse einer mehr oder weniger weit zurückliegenden Vergangenheit erinnert. Gegen Ende des Jahrhunderts spielt im Kontext solcher Erinnerungs- und Jubiläumskultur dann die Ausstellung eine erkennbare Rolle; die kanonisierte Form der öffentlichen historischen Erinnerung ist demgegenüber, für mehr als ein Jahrhundert, der historische Festzug, die Präsentation lebender Bilder.

Soviel – und das waren nur Andeutungen – soviel zur Welt des 19. Jahrhunderts, das uns ja in mancherlei Hinsicht so unendlich fern gerückt ist, das uns aber gleichzeitig die Basis aufzeigt, auf der das 20. Jahrhundert gründet, was nicht zuletzt für die geschichtspolitische Praxis noch unserer Gegenwart gilt.

Ich vermeide es weiterhin und noch immer, von dem im Thema implizierten Hiatus von staatspolitischer Indienstnahme und rationaler, wenn Sie so wollen, wissenschaftlicher Kontrolle zu reden; das habe ich mir für den Schluß aufgehoben. Bevor ich indes endgültig meine auf Ausstellung und Museum abzielende Engführung in Angriff nehme, möchte ich den Blick nochmals ins Weite wenden, die erinnernde Beschäftigung mit der Vergangenheit, den Umgang mit der Geschichte als Teilaspekt unserer so zu bezeichnenden kulturellen Umwelt in ihren politischen Bedingtheiten begreifen und Sie daran teilhaben lassen.

Kultur und Politik *in genere* also; es fehlt hier die Zeit, um vor Ihnen das ganze Tableau kultureller Hervorbringungen und Erscheinungsformen auszubreiten und zu erläutern – vom Denkmalschutz bis zu den Historischen Vereinen, von der Musikpflege bis zu literarischen Ambitionen, vom Theater bis zur zeitgenössischen Architektur, vom engagierten Dilettantismus bis zur Professionalität der Hochkultur. Drei systematische Bemerkungen müssen genügen.

1. Wenn wir von Kultur in der Öffentlichkeit reden, dann ist festzuhalten, daß es keine schlechterdings politikfreie Sphäre gibt; Sie erinnern sich, von diesem grundsätzlichen Problem war schon eingangs meiner Überlegungen die Rede gewesen. Wem das mit der Negation politikfreier Sphären zu apodiktisch klingt, der sei darauf verwiesen, daß der Grad der Politisierung ja durchaus unterschiedlich ausfallen kann. Wenn es um umfängliche Finanzvolumina oder um städtebauliche Grundsatzentscheidungen geht, dann wird der Politisierungseffekt erheblicher ausfallen als bei der behördlichen Förderung einer Aufführung von Haydns „Schöpfung“ in der örtlichen Stadtpfarrkirche. Möglicherweise handelt es sich bei solchen administrativen Steuerungskompetenzen, bei diesem gleichsam totalen Anspruch der Politik gegenüber der Welt der Kunst und des Kulturellen um eine Ableitung aus den Spezifika unserer republikanisch-demokratischen Ordnung mit ihrer Präferenz für legitimierende Mehrheitsentscheidungen. Und möglicherweise läßt uns die Politisierungs-Intensität unserer Gegenwart manchmal davon träumen, daß das Wechselverhältnis von Politik und Kultur in anderen Epochen und Zeitaltern anders beschaffen war. Aber ich warne entschieden zur Vorsicht: Auch die monarchisch-mäzenatische Kulturpolitik vergangener Jahrhunderte war um nichts weniger politisiert, als uns das heute auf kommunaler, auf freistaatlicher und bundesrepublikanischer Ebene begegnet.

2. Anzudeuten sind zumindest die Richtungen, in die unter den gegebenen Voraussetzungen jene Politisierungsschübe zielen. – Ich habe während meiner Würzburger Tätigkeit einmal eine Gesamterfassung aller Historischen Vereine im Regierungsbezirk Unterfranken veranlaßt und dann mit Erstaunen registriert, daß die Mehrzahl aller unterfränkischen Geschichtsvereine in dem Jahrzehnt nach der großen bayerischen Gebietsreform der 60er- und 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts in genau jenen nunmehrigen Ortsteilen gegründet wurden, die ihre vormalige kommunale Selbständigkeit verloren hatten. Man wird vielleicht drei verschiedene Typen der angesprochenen Politisierungsschübe unterscheiden: einmal die Verlust-Kompensation, wie im beschriebenen, besonders eklatanten Fall der Opfer der Gebietsreform; zum anderen der, wenn man das so nennen will, Luxurierungseffekt, wenn wir etwa an die ökonomische Prosperität des Ingolstädter Raumes und die dort angesiedelten nachgeradezu metropolitan anmutenden Konzertunternehmungen denken; und schließlich – vielleicht irgendwo in der Mitte angesiedelt – die Optimierungserwartungen, wenn man den Optimismus städtischer Tourismus-Ämter angesichts reaktiver Freilichtbühnen registriert.
3. Nach den vorgetragenen Beobachtungen ist es unmittelbar einsichtig, daß allein schon die schiere Größe der in Rede stehenden Räume oder Objekte das Profil und die Intensität der Politisierungsanstrengungen definiert. Die Neukonzeption des Further Drachenstichs, die Renovierung und Erweiterung des Münchner Lenbachhauses und die Generalsanierung des Deutschen Museums mit einem Volumen von mehr als 400 Millionen Euro erlauben je unterschiedliche Zielperspektiven und Hoffnungen: die Steigerung der Übernachtungszahlen im strukturschwachen Ostbayern einerseits, die Münchner Rivalität mit den großen Berliner Häusern andererseits und schließlich die globale Konkurrenzsituation des Deutschen Museums – etwa im Blick auf das Smithsonian in Washington .

Soviel, meine Damen und Herren, zu diesen drei Andeutungen bezüglich der Problemkonstellation Kultur und Politik, die wichtig und ernst zu nehmen sind, wenn es im Folgenden nun wirklich um Ausstellung und Museum geht. Ich beginne anekdotisch, und zwar im Blick auf das Museum.

Über mehrere Jahrzehnte hatte man in München nach 1945 verhandelt, diskutiert und gestritten um den Bau einer dritten Pinakothek; darauf ist hier nicht näher einzugehen, vielmehr ist das Ende dieser Auseinandersetzungen zu betrachten.

Wohlgermerkt, und absichtsvoll genau einen Tag nach der Entscheidung des Deutschen Bundestags für Berlin als Hauptstadt beschloß der Bayerische Ministerrat den Bau eben dieser pinakothek der Moderne. Der Provinzialisierung Münchens, die mit der Bundeshauptstadt in Bonn jahrzehntelang keine virulente Gefahr dargestellt hatte, sollte im Medium der Kulturpolitik, offensiv gegen Berlin gerichtet, absichtsvoll begegnet werden.

Ich darf die Konkretionen des Wechselverhältnisses von Kultur und Politik in ihrer vorderhand nur museumsbezogenen Verdichtung in vier Bemerkungen zusammenfassen.

1. Die Geschichte des Museums seit der Frühen Neuzeit verweist – in durchaus

unterschiedlichen Kombinationen und Brechungen – auf kognitive, belehrende, erkenntnisbefördernde, unterhaltende und repräsentative Funktionen. Die fürstlichen Schatzkammern des 17. oder 18. Jahrhunderts wurden für Besucher überhaupt nur dann geöffnet, wenn sich dadurch der Neid der auf Besuch weilenden hochadeligen Verwandtschaft steigern ließ. Die Naturkunde- und Völkerkunde-Museen des ausgehenden 19. Jahrhunderts waren, in enger Anbindung an die vorwaltende imperialistische Grundstimmung, der Kenntniserweiterung und der Begegnung mit einer Welt verpflichtet, der man als Mitteleuropäer nur in den seltensten Fällen selbst real begegnen konnte. – Ins Allgemeine gewendet: Die hochgradige Intentionalität aller Anstrengungen um Gründung, Schaffung, Erhaltung und Vergrößerung unserer Museen ist festzuhalten; die Eingangsthese von der Unmöglichkeit intentions- und politikfreier Sphären bestätigt sich.

2. Natürlich gibt es bei uns allen eine fast emotional zu nennende Hin- und Zuneigung zum Ideal der Objektivität. Daß es diese bei der musealen Rekonstruktion der Vergangenheit nicht gibt, schlechterdings nicht geben kann, mag schmerzlich empfunden werden, kategorial ändern kann man diese Verhältnisse angesichts des hier immer wieder ins Spiel gebrachten Politisierungsdrucks nicht. – Aber zu bedenken ist, daß es Präsentations- und Rekonstruktionsformen gibt, die sich dem politischen Zugriff tendenziell besser entziehen können als andere. Ich ziehe damit auf die Unterscheidung von Museum und Ausstellung. Eine idealtypische Differenzierung zwischen den beiden Präsentationsformen ordnet dem Museum eine multiperspektivische Konnotation zu, während eine Ausstellung ein Thema, wenn man so will eine Fragestellung hat, die durch die Auswahl und Präsentation der Objekte präzise beantwortet werden soll. Demgegenüber vermittelt die so bezeichnete Multiperspektivität im Museum die Möglichkeit, ein und dasselbe Objekt in ganz unterschiedlichen Kontexten zu verstehen, es nicht, wie in der Ausstellung, zum Antwortgeber zu degradieren, sondern gerade umgekehrt zum Fragesteller aufzuwerten. – Man braucht keine ausschweifende Phantasie, um zu erkennen, daß natürlich der politische Zugriff auf eine Ausstellung leichter und effektiver zu praktizieren ist, während sich der Typus Museum – ich argumentiere immer noch idealtypisch – der Polyvalenz seiner Objekte bedient, bedienen kann und sich der Eindeutigkeit der politischen Interpretation verweigert, verweigern darf.
3. Aus dem Gesagten wird unmittelbar deutlich, daß ein Museum gut beraten ist, wenn es ein Museum bleibt und keine Ausstellung wird, schon gar keine Ausstellung, deren Fragestellung selbstbespiegelnd etwa den Gründen für den Aufstieg und den Erfolg einer Stadt oder eines Staates nachgeht. Ausstellungen ist zumindest die Tendenz zur geschichtspolitischen Manipulation beziehungsweise Propaganda inhärent. Museen beinhalten die Chance, so sie denn gut gemacht sind, zum Denken in Alternativen, zum Aufsuchen der Grautöne in der Geschichte und nicht nur der schroffen Schwarz-Weiß-Kontraste. – Solche Überlegungen sind fern jeglichen kulturkritischen La-

mentos angesiedelt: Die Politisierung, die ich in meiner knappen Skizze immer wieder absichtsvoll in den Mittelpunkt gerückt habe, ist ja kein Satanswerk, sondern weit eher ein kühl zu diagnostizierender Befund, angesichts dessen eine verantwortungsvoll betriebene Geschichtsarbeit zu Resultaten gelangen mag, mit denen der professionelle Historiker genau so leben kann wie die politische Elite.

4. Daß eine solche Kompromißbereitschaft nicht mit einem Freibrief für politische Manipulationslust verwechselt werden darf, führt mich zu meiner letzten Anmerkung. Das kommunalpolitische Engagement für ein Museum gewinnt an Glaubwürdigkeit und Seriosität, wenn auch das alltägliche Verwaltungshandeln und die politische Einzelfall-Entscheidung dem Pathos beziehungsweise dem Tenor einer Museums-Eröffnungsrede verpflichtet bleiben: bei Denkmalschutzfragen, bei der Fassadengestaltung, bei der Ausweisung von Parkplätzen und Gewerbegebieten, bei der Straßenführung in Altstadt-Quartieren, und so weiter, und so weiter - die Problemlagen sind Ihnen so geläufig wie mir.

Soviel zu diesen vier systematisierenden Bemerkungen. Es ist Ihnen sicherlich schon aufgefallen, meine Damen und Herren, wie sehr und wie viel mir an der idealtypischen Differenzierung von Ausstellung und Museum liegt. Es handelt sich dabei um eine Differenzierung, die nur in eng bemessenen Grenzen von der museologischen und museumstheoretischen Literatur in die Diskussion eingebracht wurde. Vielmehr war es ein Praktiker des Ausstellungs- und Museumsgeschäftes, Dr. Helmut Zebhauser, der sich um diese scharfe begriffliche Abgrenzung überaus verdient gemacht hat – und das durchaus als Ergebnis der praktischen Herausforderungen angesichts seiner Verpflichtungen im Bayerischen Nationalmuseum einerseits und als Chef-Gestalter des großen dreiteiligen Ausstellungsunternehmens „Wittelsbach und Bayern“ im Jahr 1980 andererseits, bei dem ich selbst intensiver mit ihm zusammenarbeiten durfte.

Bis in die Lichtführung bei der Ausleuchtung einzelner Exponate hinein, so Helmut Zebhauser, und um ein ganz konkretes Beispiel zu erwähnen, macht es einen veritablen Unterschied, ob es sich um ein Museumsexponat oder um ein Ausstellungsexponat handelt: Beim Ausstellungsobjekt wird man inszenieren und die Lichtführung so gestalten, daß derjenige Teil, der Antwort auf die Fragestellung der Ausstellung gibt, möglichst grell fokussiert wird. Die Ausleuchtung eines Museumsobjektes wird ganz anderen Notwendigkeiten folgen und das Prinzip der Multiperspektivität in einem sehr wörtlichen Sinne visuell umsetzen.

Ich breche hier ab, was die idealtypische Differenzierung von Museum und Ausstellung angeht, und wende mich einer Vermittlungsinstanz zu, von der im Titel meines Vortrags nicht die Rede ist, die aber aufgrund ihrer Genese und Funktion auf dem Wege des Vergleichs, wesentlich dazu beitragen kann, die Konturen des Typs Ausstellung noch schärfer hervortreten zu lassen. Es geht um das Denkmal und seine ganz spezifische Nähe zum Typ Ausstellung.

Sie kennen alle die Denkmal-Topographie des ludovizianischen Bayern! Die Befreiungshalle bei Kelheim, die Propyläen als westliche Begrenzung des Münchner

Königsplatzes, die Statuen Tillys und Wredes in der Feldherrnhalle, Hans Jakob Fugger in Augsburg, Julius Echter von Mespelbrunn in Würzburg, Markgraf Friedrich von Brandenburg in Erlangen, das Siegestor am Ende der Ludwigstraße in München, die Ruhmeshalle und Walhalla: Gleichviel, welcher definitivischen Annäherung an den Denkmalbegriff man sich bedient, macht man sich einer Übertreibung sicherlich nicht schuldig, wenn man die Denkmalsinitiativen des Kronprinzen wie des Königs nicht irgendwo am Rande des ludovizianischen Interessens- und Handlungshorizontes ansiedelt, sondern sie durchaus zentral plaziert. Vom König und – die Verwendung des Possessivpronomens geschieht absichtsvoll – vom König und „seinen“ Denkmälern zu reden, macht hochgradig Sinn, weil diese Denkmalschöpfungen in ihrer konkreten Gestaltung und noch mehr in ihrer politischen Intentionalität in extremer Weise auf die Person und das politische Wollen des Monarchen bezogen sind.

Es ist hier nicht der Ort, die ludovizianische Denkmalpolitik detaillierter zu entfalten, hinzuweisen ist gleichwohl auf die hauptsächlichsten Politisierungsstränge Ludwigs I., auf seine integrationspolitischen Bemühungen, auf seine nationalpolitischen Ambitionen, auf sein monarchisch-dynastisches Selbstverständnis und noch auf seinen Versuch einer Ehrenrettung des Alten Bayern. In je unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung ist diesem Zielkatalog der ludovizianischen Politik eine denkmal-spezifische Konkretion zuzuordnen: der König eben und seine Denkmäler.

Ein Denkmal, das zeigt ein kursorischer Blick auf die Denkmalschöpfungen Ludwigs I., kann gar nicht enzyklopädisch-korrekt, objektiv-distanziert oder bilanzierend-harmonisierend ausfallen, denn es ist weder der historischen Wahrheit noch der historischen Wahrheitsfindung verpflichtet. Gerade umgekehrt impliziert und provoziert die Eindeutigkeit des Mediums in diesem Fall die Einseitigkeit der Deutung, was im Falle Ludwigs I. die Homogenität eines in der Öffentlichkeit präsenten Geschichtsbildes zur Folge hat. Das Denkmal darf als eine Form des Umgangs mit der Geschichte gelten, die den Bedingungen des monarchischen Systems hochgradig entsprach.

Umgekehrt geraten Denkmalsinitiativen im demokratisch-parlamentarischen System nahezu unweigerlich in die Mühlen der Deutungsauseinandersetzungen; wenn man so will vom Berliner Holocaust-Mahnmal bis zum aktuellen Münchner Streit um das Denkmal für die Trümmerfrauen. Daß aber letztlich auch heute noch die Errichtung eines Denkmals mit dem Anspruch politischer Deutungshoheit einhergeht, erweisen Entstehungsgeschichte und Gestalt des Montgelas-Denkmal am Münchner Promenadenplatz. Der Initiative des bayerischen Finanzministers Kurt Faltlhauser geschuldet, vermittelt es eine Deutung der Reformpolitik der Ära Stoiber, die sich in die Kontinuität der neueren bayerischen Geschichte einreihet und sich gleichrangig – an der Seite Montgelas' und der Grundlegung des Neuen Bayern sieht.

Ich stelle den Zusammenhang her und fasse zusammen: 1) Jedem Umgang mit der Geschichte ist eine politische Konnotation zu eigen. 2) Der Glaube an die politische Virulenz von Geschichte und ihrer Präsenz in der Öffentlichkeit ist ein Erbe des 19. Jahrhunderts, das das 20. und das 21. Jahrhundert eigenständig weiterentwickelt haben. 3) Denkmal, Ausstellung und Museum verfügen über ein je eigenes und durchaus unterschiedliches Politisierungs- und Manipulationspotential.

Da ist einerseits die gewollte politische Einseitigkeit des Denkmals und die daraus

abzuleitende Vorliebe etwa Ludwigs I. für diese Variante der Geschichtspolitik; da ist zum anderen die latente, gelegentlich auch offensive Intentionalität von Ausstellungsunternehmungen, bei denen die kognitiv-rationalen Gestaltungsprinzipien mitunter vordergründig geraten; und da ist schließlich der – zumindest idealiter – manipulationsfreie und in der Traditionslinie der Aufklärung stehende Raum des Museums.

Im Jahr 2018 werden im Freistaat Bayern zwei neue, im Wesentlichen historische, Museen eröffnet werden: hier in München in eben jenem Gebäudekomplex, in dem wir uns heute befinden, das Sudetendeutsche Museum, in Regensburg das Museum der Bayerischen Geschichte.

Ich möchte meine Anmerkungen zur Dualität von Museum und Ausstellung und zum Spannungsverhältnis von Geschichte und Politik mit einigen, hoffentlich hinreichend provokanten, Reflexionen zum Regensburger Projekt zu einem Ende bringen.

Ihnen, meine Damen und Herren, und der nachfolgenden Diskussion bleibt es vorbehalten, über Parallelen, Analogien, Differenzen und Unterschiede nachzudenken, wenn es um das Sudetendeutsche Museum und das Museum der Bayerischen Geschichte geht.

Regensburg soll ja, neben seiner weltkulturellen Bedeutung, zu einem Zentrum der Beschäftigung mit der bayerischen Vergangenheit werden. Es ist ja vielleicht unfair, schon jetzt über das Projekt am Donauufer zu rasonieren, wo doch keiner von uns, wenn ich recht sehe, dessen präzise Planungen wirklich kennt, so es diese denn schon gibt. Absichtsvoll und gleichzeitig ausweichend laboriere ich mit dem Begriff „Projekt“, wiewohl in der Öffentlichkeit und seitens der Verantwortlichen – in der Staatskanzlei, im Kultusministerium und im Haus der Bayerischen Geschichte – immer vom Museum der bayerischen Geschichte die Rede ist.

Sie können sich leicht vorstellen, daß ich nach den bisher von mir hier entwickelten Überlegungen so meine Zweifel habe, ob das, was sich hier in Regensburg in Planung befindet, in Wirklichkeit ein Museum werden wird, ob es sich nicht viel eher um eine – konkreten staatspolitischen Zielen verpflichtete – Ausstellung, vielleicht eine Dauerausstellung handeln wird.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Selbstverständlich ist es hochgradig legitim, und auch sinnvoll, wenn sich der Staat oder eine staatliche Einrichtung, wie das Haus der Bayerischen Geschichte, der bayerischen Geschichte annimmt und diese für die Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit präsentiert. Nur sollte dann auch die Begrifflichkeit stimmen, und das ist mehr als ein bloß akademisches Anliegen.

Eine museale Präsentationsform, Sie erinnern sich, bedient sich der Polyvalenz der einzelnen Objekte und entwickelt daraus Gestaltungsformen, die der Multiperspektivität verpflichtet sind, worauf andererseits die Ausstellung gerade nicht setzt. Nach allem, was man hört, soll am Donauufer eine bayerische Erfolgsgeschichte der letzten zweihundert Jahre zu besichtigen sein, die den Besucher dahingehend aufklärt, wie es denn kommen konnte, daß Bayern seinen Weg in die Champions League der europäischen Staaten und Regionen findet beziehungsweise gefunden hat. Nochmals: Staatskanzlei, Kultusministerium und Haus der Bayerischen Geschichte haben alles Recht, solches zu tun, dergestalt Werbung zu betreiben für den Freistaat. Nur sollte man das fairerweise nicht unter dem Label eines Museums tun, weil dieses Label, wie wir gesehen haben, die Assoziation seriöser Objektivität bereithält.

Mir liegt, auch im Blick auf die nachfolgende Diskussion, an einer weiteren Verschärfung meiner Argumentation und ich nähere mich dieser auf dem Umweg über einen kleinen Seitenblick zur Methodologie unserer Wissenschaft, der Geschichtswissenschaft. Einer der Schlüsselbegriffe dieser methodologischen Debatte seit der Mitte des 20. Jahrhunderts war die so bezeichnete Gegenwartsrelevanz. Diese Kategorie entwickelte sich zu einer Art Fallbeil, wenn es um die Selektion und die Konfiguration von Geschichte in Schule, Wissenschaft und Öffentlichkeit ging. Phänomene, Personen und Ereigniskonstellationen, die erkennbar nichts beitrugen zur Erklärung der Gegenwart, nichts beitragen konnten zu einem besseren Verständnis der aktuellen Umstände, verloren in dieser Diskussion, überscharf formuliert, ihr Existenzrecht, konnten nicht mehr hoffen, als seriöse Gegenstände der historischen Forschung angesehen zu werden.

Zwei Parallelen tun sich angesichts dieses Seitenblicks auf. Zum einen ist unübersehbar die Affinität der Agentur Ausstellung zum Prinzip eben dieser Gegenwartsrelevanz; und was man von den Verantwortlichen des Regensburger Projekts bislang gehört hat, zielt genau in diese Richtung; die Vorgeschichte der Gegenwart soll im Zentrum stehen, die Genese des Heute ist das Thema.

Die Zurückweisung dieser Relevanz-Ideologie hat zum anderen eine ganze Menge zu tun mit dem Selbstverständnis der Agentur Museum. Der Dignität der Alterität, die in ihrer Andersartigkeit ruht und nichts mit der Aktualität der Gegenwart zu tun hat, zu tun haben will, dieser Dignität ist ein Museum, so es sich denn der Geschichte annimmt, verpflichtet.

Es wäre kindisch und naiv gleichzeitig, dem Staat oder dem Haus der Bayerischen Geschichte das Recht auf geschichtspolitisches Handeln absprechen zu wollen. Die patriotische Solidarisierung und der zugrundeliegende Stolz auf die ruhmreiche – mehr als tausendjährige – bayerische Geschichte wie auch deren staatspolitische Indienstnahme hat man als politisch-gesellschaftliche Potenzen eigenen Rechts anzuerkennen und als besonders scharf umrissene Phänomene dessen wahrzunehmen, was die geschichtsdidaktische Diskussion seit Jörn Rüsen als Geschichtskultur zu bezeichnen sich angewöhnt hat.

Gleichwohl kann man mit einer solchen Toleranz-Attitüde nicht enden. Lassen Sie mich stattdessen zum Schluß kommen mit drei Bemerkungen zur Rolle der Geschichtswissenschaft, näherhin der bayerischen Landesgeschichte und der Didaktik der Geschichte.

1. Deren Aufgabe ist es, als kritisch-analysierende Instanz die vorfindbaren Wirklichkeiten von Geschichtspolitik und ganz besonders die Aktivitäten staatspolitischer Indienstnahme und Instrumentalisierung als solche zu erkennen, Irrigkeiten und Einseitigkeiten gegebenenfalls als solche zu benennen, die Öffentlichkeit in einem aufklärerischen Sinne zu sensibilisieren und um dieses Zieles willen gegenüber der Öffentlichkeit und vornehmlich gegenüber den Medien nicht in scheuer Zurückhaltung zu verharren, sondern initiativ auf diese zuzugehen.
2. Die akademisch etablierte Geschichtswissenschaft – bei den Historikern auf dem, wenn man so nennen will, freien Markt mag das anders sein – die aka-

demisch etablierte Geschichtswissenschaft jedenfalls darf nicht zum Erfüllungsgehilfen, nicht zu *ancilla* staatlicher Autoritäten werden. Ein kritischer Einwand gegenüber solcher Rigorosität liegt nahe: So locker kann nur einer daherreden, der aus der Unabhängigkeit des Ruheständlers argumentiert und den Zwängen der Ressourcenwahrung und der Unterbringung seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht mehr ausgesetzt ist. Ich nehme solche Relativierung ernst, bleibe indes bei meinem Postulat, daß gerade die bayerische Landesgeschichte – nicht zuletzt angesichts ihrer eigenen Geschichte in den Jahrzehnten seit 1945 – mehr als gut beraten ist, wenn sie eine seriöse Distanz zu den Trägern der staatlichen Macht wahrt und zum Prinzip erhebt und diesen sich nicht anbiedert. – Es macht, um die Perspektive nochmals zu wechseln, einen erheblichen Unterschied, ob ein Monarch des 19. Jahrhunderts in seiner Denkmalpolitik eine in Stein gemeißelte, staatspolitisch motivierte Geschichtsklitterung betreibt, oder ob ein professioneller Historiker zu solcher Vergewaltigung der Vergangenheit die Hand des Experten reicht.

3. Und wie überall im Leben, so gibt es auch hier die Grau- und Zwischentöne. Es gibt den seriösen wissenschaftlichen Ertrag etwa in den Katalogwerken von Ausstellungsunternehmen, obwohl diese hochgradig intentional angelegt waren und sind. Es gibt den Typ von Ausstellungsmacher, der im Kontakt mit der Wissenschaft nicht primär die affirmative Bestätigung seiner eigenen Konzepte erwartet, sondern tatsächlich offen ist für die differenzierende Skepsis der Fachleute.

Der Historiker, und damit komme ich nun wirklich zum Schluß, ist keine Utopist, sondern ein belastungsfähiger Pragmatiker, der sich darüber zu freuen vermag, wenn er sein Potential an rationaler Kontrolle - und sei es auch nur in homöopathischen Dosen – einbringen kann.

Anschrift des Verfassers:
 Prof. Dr. Hans-Michael Körner
 Kollbacher Straße 21
 85238 Petershausen